

## Den Klimawandel sofort bremsen!

### Inhalt



Der Weltklimarat der Vereinten Nationen (IPCC) sagt bei einer anhaltenden globalen Erwärmung eine deutliche Zunahme extremer Wetterereignisse die Zerstörung von Ökosystemen, einen Anstieg des Meeresspiegels, eine Zunahme von Dürren und Hungersnöten sowie riesige Flüchtlingsströme voraus. Durch den Ausstoß von Treibhausgasen heben wir die globale Durchschnittstemperatur immer weiter an. Der Weltklimarat sagt mittlerweile einen Anstieg von bis zu 6 Grad Celsius für die nächsten 100 Jahre voraus. Der vom Menschen verursachte Klimawandel ist somit eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Durch die Langfristigkeit der Folgen bedroht der Klimawandel besonders die Zukunft junger Menschen. Während es bis vor wenigen Jahren noch große Kontroversen über den Einfluss des Menschen und die Auswirkungen des gesteigerten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes gab, ist der anthropogene Treibhauseffekt mittlerweile als wissenschaftliche Tatsache anerkannt. Er resultiert aus einem vermehrten Ausstoß von Treibhausgasen seit Beginn der Industrialisierung. Die Ursachen hierfür liegen in einem verschwenderischen Umgang mit Energie aus fossilen Energieträgern, problematischen und ressourcenerzörenderischen Landwirtschaftsformen und problematischen Landnutzungsstrategien.

Ein besonderes Problem der globalen Erwärmung ist die Ungerechtigkeit zwischen Verursachern und Leidtragenden. Während die Wurzeln des Klimawandels momentan eher lokaler Natur und durch reiche Industrienationen verursacht sind, sind die Folgen der Klimaveränderung globaler Natur. Besonders betroffen sind Bewohner von flachen Inselstaaten und Küstenregionen dieser Erde, die sich teure Schutzmaßnahmen nicht leisten können, wie auch Menschen in Schwellenländern, die schon heute an nahezu jährlichen Dürrekatastrophen leiden. Doch die Folgen des Klimawandels zeigen sich mittlerweile auch mitten in Europa, beispielsweise in den Alpen durch das Abschmelzen der Gletscher und das Auftauen des Permafrostes.

In den letzten Monaten ist erkennbar geworden, dass das Klimabewusstsein in der Gesellschaft zugenommen hat. Vermehrt zeigt sich auch die Bereitschaft, etwas am eigenen Lebensstil zu ändern. Jedoch reicht ein vereinzelt Engagement nicht aus, um die drohenden globalen Katastrophen abzuwenden.

Neben einem Bewusstseinswechsel in der Gesellschaft brauchen wir besonders auch eine Politik mit Mut zum Handeln: Bund, Länder und Kommunen müssen weitere Maßnahmen für den Klimaschutz vorantreiben und schärfere gesetzliche Rahmenbedingungen festschreiben und umsetzen.

### Impressum

#### Herausgeber

Deutscher Bundesjugendring e.V.  
Mühlendamm 3  
10178 Berlin  
Telefon: 030/400 404 - 00  
Telefax: 030/400 404 - 22  
E-Mail: [info@dbjr.de](mailto:info@dbjr.de)  
Internet: [www.dbjr.de](http://www.dbjr.de)  
Daniel Grein (V.i.S.d.P.)  
Fotonachweis: DBJR-Archiv  
November 2007

Die Jugendverbände im Deutschen Bundesjugendring sprechen sich für eine schnelle und massive Reduzierung des Treibhausgasausstoßes aus. Wir fordern deshalb von Bund, Ländern und Kommunen ...

... einen Emissionshandel, der eine 80 prozentige Reduktion des Treibhausgasausstoßes bis 2050 fest schreibt, keine Ausnahmeregelungen enthält und einen Anreiz zur Investition in neue emissionsarme Technologien bietet.

... eine Weiterentwicklung ökologischer Steuern und Subventionen mit einer Anhebung der Besteuerung von Benzin und Strom aus fossilen und nuklearen Energieträgern sowie der dringenden Einführung einer Kerosinsteuer. Ein Ausstieg aus den Kohlesubventionen ist langfristig notwendig und sinnvoll, dieser muss sozialverträglich und unter parallelem Aufbau von Beschäftigungsalternativen beispielsweise im Bereich regenerativer Energien erfolgen. Zudem müssen steuerliche Anreize für den Bau und Betrieb umwelt- und klimafreundlicher Energieträger geschaffen werden.

... die stärkere Förderung einer nachhaltigen, an der guten fachlichen Praxis orientierten Landwirtschaft, die schonend und umweltgerecht mit ökologischen Ressourcen umgeht.

... die Abkehr von Scheinlösungen, wie Biotreibstoffen und Atomenergie, die die CO<sub>2</sub>-Bilanz nur gering verbessern, aber sofort andere globale Probleme (z.B. Nahrungsknappheit aufgrund der Umnutzung von Bodenflächen, Entsorgung von Atommüll) nach sich ziehen.

... den Ausbau des ErneuerbareEnergienGesetzes (EEG). Auch im Wärme- und Transportsektor müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Entstehung von Märkten für erneuerbare Energien effektiv fördern.

... eine Steigerung der Energieeffizienz zu fördern. Nicht nur die Produktionsweise von Energie sollte so effizient wie möglich gestaltet werden, sondern auch die Nutzung.

... die Verstärkung der Sanierung von öffentlichen Gebäuden (Schulen, Verwaltungsgebäude, Universitäten usw.), um einen erheblichen Beitrag zur Verminderung des Energieverbrauchs und damit einhergehend des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zu leisten.

... eine Verbesserung der Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs insbesondere in ländlichen Regionen, die Schaffung stärkerer Anreize für den Schienenfernverkehr und die vermehrte Verlagerung von (Güter-)Verkehr auf die Schiene.

... zusätzlich zur Implementierung der Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Lehrpläne fordern wir die verbesserte Unterstützung der Umweltbil-

dung durch Träger der Jugendarbeit, die unter anderem auch im Rahmen von Kooperationen von Schulen und Jugendarbeit durchgeführt werden durch zusätzliche Projektmittel und zusätzliche Personalkosten, die nicht zu Lasten der sonstigen Jugendarbeitsmittel gehen.

... das Vorantreiben schärferer gesetzlicher Klimaschutzmaßnahmen auf EU-Ebene, sowie die Forcierung des Post-Kyoto-Abkommens bei der bevorstehenden UN-Klimakonferenz auf Bali im Dezember 2007.

... ein gesetzliches Verbot von neuen Kohlekraftwerken.

... ein flächendeckendes Tempolimit auf allen Autobahnen.

*Bei zwei Gegenstimmen und zehn Enthaltungen von der 80. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings am 26./27.10.2007 in Hannover beschlossen.*